



Stuttgart, 31.10.2014

Baden-württembergische Universitäten begrüßen Grundsatzbeschluss zum Hochschulpakt von Bund und Ländern – Vorsitzender der Rektorenkonferenz Prof. Dr. Hans-Jochen Schiewer: „Endlich kommt Bewegung in die Debatte“

Der am 30. Oktober 2014 gefasste Grundsatzbeschluss der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK) von Bund und Ländern kommt gerade noch zur rechten Zeit, meint Prof. Dr. Hans-Jochen Schiewer, Vorsitzender der Rektorenkonferenz der Universitäten in Baden-Württemberg. „Besonders froh sind wir, dass Bund und Länder offenbar bereit sind, ihr Tauziehen um die Finanzierung der DFG-Programmpauschale zu beenden“, sagt der Rektor der Universität Freiburg. Mit der Programmpauschale werden die indirekten Kosten der von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten Forschungsprojekte finanziert, beispielsweise Raum-, Wartungs-, Software- oder Energiekosten. Bis einschließlich 2016 übernimmt diese Kosten der Bund, indem er die von der DFG bewilligte Fördersumme um 20 Prozent erhöht. Allein für die Universitäten in Baden-Württemberg sind dies 52 Millionen Euro im Jahr. Diese Programmpauschale soll unter Beteiligung der Länder auf 22 Prozent ansteigen. „Gemessen an den tatsächlich anfallenden Kosten ist die Programmpauschale noch immer im internationalen Vergleich zu niedrig, aber wir sind auf dem richtigen Weg“, hält Prof. Dr. Schiewer fest. Zudem zeigt Schiewer sich erleichtert, dass die Mittel der Exzellenzinitiative erhalten bleiben und für einen neuen Wettbewerb ab 2017 zur Verfügung stehen. Die baden-württembergischen Landesuniversitäten waren besonders erfolgreich in der Exzellenzinitiative.

„Wichtig für Baden-Württemberg ist auch, dass die Bundesfinanzierung der neuausgebauten Studienplätze weitergeht“, erläutert Prof. Dr. Schiewer die Position der Landesuniversitäten. Künftig werde ein immer größerer Teil eines Altersjahrgangs ein Studium aufnehmen wollen. „Diesen jungen Menschen müssen wir gute Startchancen bieten.“

Prof. Dr. Schiewer appellierte an die Ministerpräsidenten und die Bundespolitik, dem Finanzierungspakt im Dezember zuzustimmen.

<http://www.lrk-bw.de/index.php/pressemitteilungen>